

Aufruf zur Kundgebung

**Samstag, 19. März, 11.00 Uhr
Essen, Porschekanzel / Marktkirche**

Für Menschenrechte, Selbstbestimmung und Demokratie in Libyen und der Nahostregion!

Wir solidarisieren uns mit dem zivilen Befreiungskampf der Aufständischen im Nahen Osten und ihrem Ruf nach den unteilbaren politischen und sozialen Menschenrechten. Wir erhoffen mit ihnen eine Zukunft der gerechten und demokratischen Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Die verzweifelte Selbstverbrennung eines jungen Tunesiers im Januar ist zum Fanal eines beispiellosen oppositionellen Aufbruchs im nordafrikanisch-arabischen Raum geworden. Bis heute ist nicht abzusehen, ob der zivile Protest der Bevölkerung das Ende der jahrzehntelangen Diktaturen bedeuten wird und zum Beginn einer Ära der Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung wird.

Wer in Deutschland und Europa für Demokratie und Menschenrechte, für Meinungs- und Pressefreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung eintritt, muss sich heute auch für das Ende der „realpolitischen“ Komplizenschaft der eigenen Politik mit den autoritären Regimen im Nahen Osten einsetzen.

Seit Jahrzehnten werden deren „Führer“ von Politik und Wirtschaft im so genannten Interesse von Sicherheit und Stabilität umschmeichelt und hofiert.

Waffenexporte gehörten bis vor wenigen Tagen genauso zum Alltag, wie das Öl- und Gasgeschäft mit den korrupten Herrschaftscliquen der Region. Die Flüchtlingsabwehr mit der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist einem menschenrechtlich nicht vertretbaren Kuhhandel mit diesen Potentaten geschuldet. Unzählig viele Menschen, die in Europa Zuflucht vor Verfolgung und Not suchen, werden mit Hilfe der Gaddafis seit Jahren Opfer der „Festung Europa“.

Die Eskalation zum Bürgerkrieg in Libyen durch das Gaddafi-Regime ist eine dramatische Wende vom nicht bewaffneten Protest der Opposition zur Gewalt mit Tausenden von Toten. Massenfluchten in die Nachbarstaaten sind von diesen nicht zu bewältigen und gefährden den friedlichen und selbst bestimmten Prozess der Befreiung in der Region.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfordert eine humanitäre Lösung seitens der Vereinten Nationen, der EU sowie der Bundesrepublik Deutschland vor allem

► **dass Fluchtkorridore für die weiterhin bedrohten Menschen in Libyen und der Region geschaffen werden. Die in den libyschen Gefängnissen inhaftierten Flüchtlinge aus anderen Krisenstaaten dürfen nicht „vergessen“ werden.**

► **An den Grenzübergängen Libyens nach Tunesien und Ägypten muss die Evakuierung ohne militärische Drohgebärden vollzogen werden. Deutschland und die EU dürfen sich nicht vor der Verantwortung für die Aufnahme der schutzsuchenden Menschen drücken.**

► **Die vom Sicherheitsrat einstimmig verhängten Sanktionen, insbesondere das Waffenembargo, müssen ohne Schlupflöcher umgesetzt werden. Das Verbot deutscher Waffenexporte in Krisenregionen muss grundsätzlich verwirklicht werden.**

Unterstützende Organisationen und Einzelpersonen:

Anti-Rassismus-Telefon Essen ○ Bündnis 90/Die Grünen Essen ○ DGB Kreisverband Essen ○ Die Linke Essen ○ DIDF - Föderation demokratischer Arbeitervereine ○ Essener Friedens-Forum ○ Flüchtlingsrat Düsseldorf ○ Flüchtlingsrat NRW ○ Grüne Jugend ○ pax christi Bistum Essen ○ ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ○ M. Balaban / Vors. Integrationsrat Essen ○ Achim Gerhard / Vors. des Beirates für Flüchtlinge und Migranten im Kirchenkreis Essen ○ Dieter Hillebrandt / Vors.DGB ME0

V.i.S.d.P. Juliane Pilz EFF, Joachim Drell KV B90/Die Grünen